

(Präsident.)

(A) 3. Besprechung der Interpellation des Abgeordneten Castan und Genossen, Lebensmittelversorgung betreffend. (Drucksache Nr. 335.)

4. Besprechung der Interpellation des Abgeordneten Schmidt (Freiberg) und Genossen, Beschaffung von Milchvieh und Förderung der Fetterzeugung betreffend. (Drucksache Nr. 337.)

5. Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Schreiber, Dr. Böhme und Genossen, Lebens- und Futtermittelversorgung betreffend. (Drucksache Nr. 338.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Mehnert.

Abgeordneter Dr. Mehnert (Plauen): Meine Herren! Der Antrag Nr. 332, auf den ich mich bei der Fülle des Stoffes beschränken möchte, verfolgt Zwecke und Ziele, die auch der konservativen Partei selbstverständlich erstrebenswert erscheinen, und so wird man ihm in verschiedenen Punkten uneingeschränkt zustimmen können. Prüft man aber die im einzelnen im Antrag geltend gemachten Wünsche, so zeigt sich, daß manches nach dem bisherigen Verfahren der Kriegswirtschaft sich nicht verwirklichen lassen wird, daß anderes bereits erreicht ist, vielleicht aber noch der Bervollkommnung und des Ausbaues bedarf. So möchte ich, was Punkt 1 des Antrages anlangt, glauben, daß für die meisten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände das Reich bereits ein einheitliches Versorgungsgebiet bildet. Ich erwähne von Lebensmitteln Brotgetreide, Kartoffeln, Vieh, und damit Fleisch und Fette, und dergleichen mehr, von Bedarfsgegenständen die Reichsbekleidungsstelle, auf die ich später noch einmal kurz zukommen werde.

Ebenso sind für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung dieser Lebensmittel auf alle Bezirke, insbesondere die Zuschußbezirke, wie es der Antrag fordert, allenthalben Bestimmungen getroffen, nur stößt ihre Durchführbarkeit nicht selten auf unvorhergesehene und außerhalb der Macht der Organisation liegende Schwierigkeiten.

Ich greife die Kartoffeln heraus, die ja in der Debatte hier im Hause und auch im Reichstage eine große Rolle gespielt haben und die augenblicklich leider wieder knapp zu werden scheinen. Hier ist theoretisch alles vortrefflich geregelt. Jeder Bezirk hat seinen Bedarf errechnet und deckt ihn entweder durch seine eigenen Erzeugnisse oder, wenn er Zuschußbezirk ist, aus einem ihm zugewiesenen Überschußbezirke. Auch für die Heran-

schaffung der Kartoffel ist alles aufs schönste vorbereitet. Ein Kommissionär, der selbstverständlich dem Handel entnommen ist, ist an Ort und Stelle geschickt worden, und die Mengen, die zu liefern sind, sind genau angegeben, ebenso die Zeiträume, in denen sie geliefert werden sollen.

Nun kommen mit einem Male die Schwierigkeiten in der Praxis. Der Überschußbezirk kann in dem Maße, wie er geglaubt hat, nicht liefern. Allerlei Gründe sind dafür maßgebend. Zunächst hat sich die Ernteschätzung, auf die wir bei der Errechnung des Bedarfes und der Zuweisung des Zuschusses angewiesen waren, als unrichtig erwiesen, ohne daß damit, wie das auch besonders vom Herrn Präsidenten des Ernährungsamtes ausgesprochen worden ist, den Erbauern der Kartoffeln ein Vorwurf gemacht werden kann; Mangel an Arbeitern, Dringlichkeit anderer landwirtschaftlicher Arbeiten, Feldbestellung und dergleichen treten ein, und es ist tatsächlich für den Überschußbezirk augenblicklich unmöglich, so wie es ausgemacht war, die Kartoffeln zu liefern. Bei der Unkenntnis in manchen Kreisen, besonders in den Städten, wird nun sofort die Schuld den bösen Agrariern zugeschoben. Man unterstellt ihnen schlechten Willen und gibt ihnen alle Schuld, aber man denkt nicht, daß die Nichtanlieferung der Kartoffeln auf andere Ursachen zurückzuführen ist.

Wenn weiter Punkt 1 des Antrages ganz allgemein die Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen fordert, so wird man auch hier die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse etwas näher betrachten müssen. In normalen Zeiten sind Ausfuhrbeschränkungen nicht nötig. Man kann alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Der Handel schafft die Waren aus den Überschußbezirken in die Bedarfszentren. Rücksicht genommen zu werden braucht nicht auf die Produktion, sondern lediglich auf die Verbraucher. Man kann annehmen, daß das, was im Inlande und im Auslande produziert wird, für den Bedarf ausreicht.

Ganz anders selbstverständlich in der Kriegszeit, wo bei der Knappheit der Vorräte die Kontingentierung und Rationierung sich nötig macht und wo der Produktion mindestens das gleiche, wenn nicht ein größeres Augenmerk zugewendet werden muß als der Zuteilung der Mengen an die Verbraucher. Denn es ist klar, wenn wir nichts produzieren, haben wir auch nichts zu verteilen.

Diesen völlig veränderten Verhältnissen wird nun eine bis ins kleinste geregelte Organisation gerecht, für die allein der Bezirk, der in sich geschlossene Kommunalverband die Grundlage, den Unterbau bilden kann.